



Plakatentwürfe der Grünen

GRÜNE

„SPD muss liefern“

Nach dem miserablen Wahlkampfstart der SPD geht die Geduld der Grünen mit ihrem bevorzugten Koalitionspartner zur Neige. Die Grünen strebten weiterhin an, sechs Millionen Wähler zu gewinnen, Schwarz-Gelb abzulösen und eine Koalition mit der SPD zu bilden, sagt Wahlkampfleiterin Steffi Lemke. Davon lasse sich die Partei „auch durch Tollpatschigkeiten der SPD nicht abbringen“. Es sei aber klar: „Irgendwann muss auch die SPD liefern.“ In dieser Woche starten die Grünen eine provokative Plakataktion. Kanzlerin Merkel (CDU) und ihre Minister werden in unvorteilhaften Posen abgebildet; inhaltlich attackieren die Grünen unter anderem die Rüstungs- und die Klimapolitik der Koalition.



WIRTSCHAFTSRAT

Seltsame Bilanz

Die Führung des Wirtschaftsrats der CDU hat offenbar eine fehlerhafte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2012 vorgelegt. Demnach haben Spitzenfunktionäre des Vereins finanzielle Risiken systematisch kleingerechnet. Das dürfte auf der Bundesdelegiertenversammlung in dieser Woche für Ärger sorgen: Der Verein – dessen Führungs-

gremien Unternehmer wie der Keksfabrikant Werner M. Bahlsen und prominente Politiker wie Norbert Röttgen angehören – versteht sich als Garant wirtschaftlichen Sachverstands in der CDU. Im Frühjahr 2012 hatte der Wirtschaftsrat die Geschäftsbeziehung mit einem Marketingunternehmen fristlos gekündigt. Die Firma forderte daraufhin rund drei Millionen Euro Entschädigung und reichte für einen Teilbetrag Klage ein. Sollte sie ihre Forderungen durchsetzen können, wäre ein Großteil des Vereinsvermögens gefähr-

det. Dieses beträgt laut einem internen Papier „Stand 31.12.2012: 3 821 000 Euro“. Der Wirtschaftsrat hat jedoch nur Rückstellungen in Höhe von 296 000 Euro für den Streit mit der Firma gebildet – obwohl seine Anwälte Vertretern des früheren Geschäftspartners im Rahmen eines Vergleichs bereits knapp eine Million Euro angeboten haben. Für Thomas Raabe, Sprecher des Wirtschaftsrats, hat dennoch alles seine Ordnung: „Sie können sicher sein: Wir bilanzieren nach den Regeln des sorgfältigen Kaufmanns.“

ENTWICKLUNGSHILFE

Mexiko statt Rapport

Zwischen dem Entwicklungsministerium von Dirk Niebel (FDP) und dem Aufsichtsrat der nachgeordneten Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist ein offener Konflikt ausgebrochen. Ausgelöst wurde er durch den von Niebel berufenen GIZ-Vorstand Tom Pätz, der ebenfalls der FDP angehört. In der GIZ-Aufsichtsratssitzung am vorigen Freitag sollte Pätz zu Vorhaltungen gegen ihn befragt

werden. Ihm werden überteuerte Flüge, luxuriöse Übernachtungen und üppige Bewirtungen vorgeworfen; auch über seine Personalführung gibt es Beschwerden. Doch Pätz erschien nicht zum Rapport. Niebel hatte die „nachhaltige Bitte“ ausgesprochen, Pätz möge ihn auf einer Dienstreise nach Mexiko begleiten. GIZ-Vorstandschefin Tanja Gönner (CDU) berichtete in der Sitzung, sie habe Pätz geraten, nicht nach Mexiko zu fliegen. Einen Antrag auf die sofortige Beurlaubung von Pätz bis zu einer Sondersitzung am 9. August, auf der die Vorwürfe geklärt werden sollen, lehnte GIZ-Aufsichtsratschef Hans-Jürgen Beerfeltz ab. Der Staatssekretär im Entwicklungsministerium ist ein Vertrauter Niebels.